



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

16.03.2026
Plenum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 21/4047 zu Drucksache 21/3503 zu Drucksache 21/2971

Inhalt des Antrags: Kürzungen bei der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung (Sozialindex) verhindern

Einzelplan 04 Hessisches Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 59 Bezeichnung Schulen

Produktnr. 112 Bezeichnung Produktübergreifende Maßnahmen

Veränderungen in Euro		2026		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	403.506.300	9.625.000	413.131.300
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben		400.784.600	9.625.000	410.409.600

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Die Stellenpläne sind entsprechend anzupassen.

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung kommt Schulen mit einem hohen Anteil besonders benachteiligter bzw. förderbedürftiger Schülerinnen und Schülern zu Gute. Von der zusätzlichen Stellenzuweisung profitieren vor allem Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang, aber auch Grundschulen, die bspw. im Bereich Inklusion und Integration besonders viel Verantwortung tragen. Weil aus dem derzeitigen Stellenpool von 650 Stellen 300 Stellen, und damit fast die Hälfte der Ressourcen gestrichen werden soll, werden an den betroffenen Schulen zusätzliche Fördermaßnahmen und -angebote massiv zusammengestrichen werden müssen. Mit dieser Kürzung konterkariert die Landesregierung die Anstrengungen der hessischen Bildungspolitik der letzten Jahre, die Schulen, Schülerinnen und Schüler mit den größten Herausforderungen und dem größten Förderbedarf gezielt stärker zu unterstützen. Die geplanten Kürzungen müssen deswegen verhindert werden. Veranschlagt werden hier die Ausgaben für 300 Lehrkräftestellen für die Monate August bis Dezember 2026 im Schuljahr 2026/2027. Für das Jahr 2027 belaufen sich die Kosten für die 300 Stellen bei voller Jahreswirkung dann auf gut 23 Millionen Euro. Im Haushalt 2027 sind entsprechende zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Wiesbaden, 16. März 2026

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)